

Sicherheit für Königshardt – Auskünfte erbeten!

(Von J. Lange.)

Aus aktuellem Anlaß wünscht die AfD-Bezirksvertretung Sterkrade einige Auskünfte der Verwaltung, die gerade, aber nicht nur für die Anwohner der Dudeler Straße interessant sein dürften.

Der Antragsinhalt

Antrag A/18/1349 der AfD-Bezirksfraktion Sterkrade gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Sachstandsbericht zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und der Aufenthaltsqualität in Königshardt sowie im Umfeld der Dudelerstraße

Beratungsfolge

08.10.2026 Bezirksvertretung Sterkrade Beschlußfassung

Beschlußvorschlag

Die Bezirksvertretung Sterkrade möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, vordringlich im Rahmen eines Sachstandsberichtes die von Anwohnerinnen und Anwohnern geschilderten Probleme in Königshardt und im Umfeld der Dudelerstraße zu prüfen und der Bezirksvertretung Sterkrade über die Ergebnisse zu berichten. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Welche Beschwerden zu Lärm, Vermüllung, Alkohol- oder Drogenkonsum sowie gefährlichem Fahrverhalten liegen für die betroffenen Bereiche vor? An welchen Orten und zu welchen Zeiten treten die Probleme nach Kenntnis der Verwaltung auf?
2. Welche Kontrollen durch den Kommunalen Ordnungsdienst finden dort bereits statt? Kann die Verwaltung in Abstimmung mit der Polizei gezielte Kontrollen zu den festgestellten Schwerpunkzeiten veranlassen?
3. Welche Maßnahmen zur Verbesserung von Sauberkeit, Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität sind kurzfristig möglich und wie können Konflikte im öffentlichen Raum langfristig verhindert oder verringert werden?

Die Verwaltung wird gebeten, die Bürgerinitiative Dudelerstraße und weitere betroffene Anwohner in die Prüfung einzubeziehen und der Bezirksvertretung die möglichen Maßnahmen einschließlich Zuständigkeiten und Kosten zur Beratung vorzulegen.

Sachverhalt

Anwohner berichten von wiederkehrendem Lärm, Vermüllung und gefährlichen Verkehrssituationen. Sie schildern zudem, daß Begegnungen mit Gruppen junger Personen ihr Sicherheitsgefühl beeinträchtigen. Diese Hinweise müssen ernst genommen und die konkreten Vorfälle geprüft werden.

Ziel des Antrags ist eine spürbare Verbesserung für die Anwohner, ohne pauschale Zuschreibungen für die geschilderten Probleme vornehmen.